FSG: AUVA-Pläne sind Geschenk an Großindustrielle

2018-08-22 07:04

FSG zeigt Flagge im Sinne der ArbeitnehmerInnen

„Das von Sozialministerin Hartinger und Obmann Ofner erarbeitete Konzept zu Einsparungen bei der AUVA geht ganz klar zu Lasten der Versicherten und ist ein Geschenk an die Großindustriellen, die sich vor ihrer Verantwortung drücken und die Folgekosten von Arbeitsunfällen auf die ArbeitnehmerInnen abwälzen wollen. In der heutigen Vorstandssitzung werden die FSG-VertreterInnen daher Flagge zeigen und Abänderungsanträge einbringen, um die Versorgungsqualität aufrecht zu erhalten“, so der Vorsitzende der FSG (Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen) im ÖGB, Rainer Wimmer. Er fordert die Arbeitnehmervertreter der FCG bzw. des ÖAAB auf, gemeinsam im Sinne der Versicherten zu handeln: „Wenn es darauf ankommt, müssen die Interessen der ArbeitnehmerInnen über die Parteiräson gestellt werden.“

Für den FSG-Vorsitzenden sind vor allem die Pläne für eine GmbH für die Unfallkrankenhäuser abzulehnen. „Das ist ein erster Schritt Richtung Privatisierung. Die Regierung versucht derzeit noch, die Wogen zu glätten. Aber wir kennen diese Taktik: Jetzt wird noch alles bestritten, zu einem späteren Zeitpunkt wird dann begonnen, die AUVA zu filetieren, um den aufgezwungenen Sparkurs einhalten zu können“, sagt Wimmer. Für die Fraktion der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen ist ganz klar, dass man dafür eintreten wird, dass das Leistungsspektrum der AUVA vollumfänglich erhalten bleibt. Mit dem angekündigten planwirtschaftlichen Beschäftigtenabbau wird das aber nicht gelingen und daher wird die FSG dem niemals zustimmen. „Gerade im Bereich der ÄrztInnen und des Pflegepersonals darf es zu keinen Einschnitten kommen. Offensichtlich sind auch Einsparungen bei der Unfallprävention geplant. Wer bei der Unfallprävention kürzt, vergreift sich an der Gesundheit der Menschen“, unterstreicht Wimmer.

Er verweist weiters darauf, dass bei den angekündigten Reformen nicht nur die Versicherten Nachteile zu erwarten haben, sondern auch kleinere Unternehmen, denn die Finanzierung der Zuschüsse zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist nicht gesichert. „Wieder macht die Regierung deutlich, wofür sie steht: Sie befolgt eine von der Industriellenvereinigung vorgegebene Agenda, um die Wahlkampfspender der ÖVP glücklich zu machen. Künftig sollte sich die ÖVP nicht mehr Wirtschaftspartei, sondern Konzernpartei nennen“, so der FSG-Vorsitzende abschließend.